

67 Prozent sind an Universitäten, Forschungseinrichtungen, im öffentlichen Sektor, in der Regierung oder Administration tätig.

Der zweite Tag der Alumni-Konferenz bot den TeilnehmerInnen die Gelegenheit des inhaltlichen Austauschs in verschiedenen Workshops. Der erste Workshop beschäftigte sich mit den Zukunftsperspektiven der Germanistik und des Deutschunterrichts in Vietnam. Es wurde insbesondere die Vernetzung der vietnamesischen Deutschabteilungen inner- und außerhalb Südostasiens und die Aussichten der Germanistik in Vietnam diskutiert. Im zweiten Workshop wurde die aktuelle Verfassungsreform aus der Perspektive der Rechtswissenschaft erörtert. Mit einem neuen Verfassungsentwurf versucht die vietnamesische Regierung gegenwärtig, die Verfassung von 1992 umfassend zu modernisieren und damit auf die derzeitigen gesellschaftlichen, politischen sowie wirtschaftlichen Herausforderungen zu reagieren. Der Anfang Januar 2013 vorgelegte Verfassungsentwurf erlaubt es den Bürgern Kommentare dazu einzureichen. In verschiedenen Redebeiträgen wurden die konkreten Änderungsvorschläge der Regierung kritisch untersucht. So zum Beispiel die Einführung eines Verfassungsrates und eines Rechnungshofes, die Stellung der Menschenrechte und das Recht auf Grund und Boden. Die Redebeiträge wurden anschließend von den Alumni sehr lebhaft diskutiert. In einem dritten Workshop ging es um „Sustaining Quality in Higher Education – Leading Universities into the Future.“ Es wurde vor allem das Qualitätsmanagement und die Führungs- und Institutionsautonomie im höheren Bildungsbereich in Vietnam erörtert. Der vierte Workshop „Universities and Employment – Who is in charge?“ befasste sich mit dem vietnamesischen Arbeitsmarkt, der bislang aus geschätzten 65 Prozent ungelernten ArbeiterInnen besteht. Welche Aufgaben den Universitäten zukommen, um hochqualifizierte Fachleute auszubilden und eine engere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und der Wirtschaft zu erreichen, standen im Mittelpunkt dieses Workshops. In einem weiteren Workshop wurden aktuelle globale Herausforderungen wie der Klimawandel und aktuelle Umweltthemen diskutiert, die insbesondere für Vietnam von besonderer Bedeutung sind. In allen Workshops, die teilweise parallel stattfanden, kamen vietnamesische sowie deutsche ExpertenInnen und WissenschaftlerInnen zu Wort. Darüber hinaus gab es Raum für vielfältige und lebhaft Diskussionen der Alumni.

Den Abschluss der Konferenz bildete eine Podiumsdiskussion über die Austauschprogramme des DAAD sowie deren Chancen für eine vertiefte Kooperation zwischen Vietnam und Deutschland. Besonders intensiv wurde die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Universitäten und der Wirtschaft zur Verbesserung der praxisbezogenen Bildung in Vietnam diskutiert.

Kerstin Schiele

Indien NRO-Forum

Brot für die Welt, Berlin, 29. Mai 2013

Dieses Jahr wurde das Indien NRO-Forum (siehe auch Konferenzbericht in ASIEN 125 vom Oktober 2012, Seite 105 f.) bei dem kirchlichen Werk „Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst“ in Berlin fortgesetzt. Es waren ca. 20 Teilnehmer unterschiedlichster Organisationen vertreten, darunter auch die Deutsche Welthungerhilfe, die Gossner Mission, MISEREOR, die Aktion Solidarische Welt (ASW), die Deutsch-Indische Zusammenarbeit (DIZ), FIAN sowie natürlich das gastgebende evangelische Werk „Brot für die Welt“.

Den Anfang machte dieses Mal Herr Nobo Urikhimbam vom Centre for Social Development aus Imphal (Manipur, Nordostindien). Mit Hilfe eines sehr verstörenden Kurzfilms

(„Humiliation of Democracy“) gab Herr Urikhimbam einen Input zu struktureller Gewalt gegen Frauen in Indien, insbesondere in dem unruhigen nordöstlichen indischen Bundesstaat Manipur. Er beschrieb im weiteren Austausch mit den Teilnehmenden, wie Frauen unter der unsicheren Situation in Manipur litten. Als „Invasion der Frauenkörper“ bezeichnete er die Übergriffe auf Frauen in Form sexueller Belästigung, Vergewaltigung und allgemeiner Geringschätzung, an denen nicht selten auch staatliche Sicherheitskräfte beteiligt seien. Letztere beriefen sich bei ihren militärischen Operationen auf das drakonische Armed Forces and Special Powers Act (AFSPA), das den handelnden Soldaten durch die Einrichtung von Militärgerichten weitgehend Straffreiheit garantiert. Dieses Gesetz stammt in seinen Ursprüngen noch von einer Verordnung aus der Kolonialzeit im Jahre 1942 ab, das es englischen Sicherheitskräften erlauben sollte, das immer stärker nach Freiheit strebende indische Volk in Schach zu halten. Trotz eines recht engmaschigen Gesetzeswerkes zum Schutz von Frauen, hört man immer wieder davon, dass es Frauen oftmals unmöglich ist, ihre Beschwerden in einem geeigneten Forum durch Strafanzeigen oder Mediationsmöglichkeiten vorzubringen. Dieser Missstand erhöht zusätzlich die Gefährdung und Verletzlichkeit von Frauen in Indien. In diesem Zusammenhang wird es von Herrn Urikhimbam schon als Erfolg verbucht, dass die indische Regierung zugelassen hat, dass eine UN-Sonderbeobachterin nach Manipur reisen durfte, um sich ein eigenes Bild zu machen und darüber Bericht zu erstatten. Dies ist auch deswegen bemerkenswert, weil Indien ansonsten notorisch allergisch ist gegen jegliche drittstaatliche oder zwischenstaatliche Einmischung in eigenen Angelegenheiten. Die für den indischen Staat nicht gerade schmeichelhaften Ergebnisse des Besuchs lassen sich in dem am 1. Mai 2013 erschienen Bericht der Sonderbeobachterin nachlesen (abgelegt auf der Themenplattform der DIZ unter www.themenplattform-ez.de).

Als nächstes folgte ein Input zum (informellen) System der Schuldknechtschaft in Indien (Bonded Labour System), von der Referentin Tamara Enhuber auch als kontemporäre Sklaverei bezeichnet. Wie es sich für einen Rechtsstaat gehört, hat der indische Staat auch zu diesem Thema mit dem Bonded Labour System Abolition Act das entsprechende Gesetz. Menschen geraten in den Teufelskreis der Zwangsarbeit infolge von Kreditaufnahmen, Vorschusszahlungen für Lebensmittel, Saatgut, Hochzeiten, medizinische Hilfe etc. Dafür müssen sie dem „Kreditgeber“ lebenslange Frondienste leisten unter gleichzeitigem Freiheits- und Kontrollverlust über ihr Leben. Insgesamt bezeichnet Frau Enhuber die kontemporäre Sklaverei als System, das auf Betrug, Gesetzesverstößen, physischer Ausbeutung, Gewalt, Beharren auf das Kastensystem und Korruption basiert. Das resultiert in einer niedrigeren Lebenserwartung, Trennung von Familien, Alkoholismus und vor allem in einem niedrigen oder nicht vorhandenen Selbstwertgefühl der bonded labourers (Zwangsarbeiter).

Zu einem ganz Thema nahm Brot für die Welt Stellung: die Verschärfung der Regelungen zum Empfang ausländischen Geldes durch indische NGOs. Das evangelische Werk spricht hierbei sogar von einer Kriminalisierung der indischen Zivilgesellschaft, da seit 2010 Konten von gemeinnützigen Organisationen in Indien gesperrt werden können, wenn es politischen Aktivitäten nachgeht. Welche NGO handelt nicht in letzter Konsequenz politisch? Ganz besonders hart hat es Organisationen getroffen, die gegen den Bau von Atomkraftwerken demonstriert hatten. Die Methoden erinnern manchmal an die Situation in Russland, wo ausländische, zivilgesellschaftliche Akteure als „ausländische Agenten“ gelten. Genau diese Angst treibt auch Indien um, das - wie schon erwähnt - auf (vermeintliche) ausländische Intervention sehr empfindlich reagiert. Als Argument muß immer das „öffentliche Interesse“ herhalten.

Frau Sabine Pabst von FIAN (Food First Information and Action Network) International beleuchtete anschließend die geplante Regelung des Zugangs zu Nahrung in Indien durch den

immer noch nicht verabschiedeten Food Security Bill. Während Indien seit 1997 oft Wachstumsraten von 7 Prozent und mehr verzeichnet, gelten heute immer noch mehr als 250 Millionen Menschen als mangel- und/oder unterernährt. Während mehr als 43 Prozent der Kinder unter 5 Jahren untergewichtig sind, verrotten zur gleichen Zeit Nahrungsreserven in staatlichen Getreidesilos. Art. 21 der indischen Verfassung garantiert das Recht auf Leben. In der Zusammenschau mit Art. 47, einer Staatszielbestimmung zum Recht auf Ernährung (Duty of the State to raise the level of nutrition and the standard of living and to improve public health), leitet der indische Supreme Court seit 2001 ein Recht auf Ernährung ab, das der indische Gesetzgeber seit einiger Zeit unter schwierigen koalitionsären Bedingungen in Gesetzesform zu gießen versucht. FIAN begrüßt die Initiative der indischen Regierung zwar, fordert aber zugleich, dass der Staat sicherstellen müsse, dass landwirtschaftliches Land nicht zweckentfremdet genutzt wird und daß der Staat den tatsächlichen, wirtschaftlichen und sozialen Zugang zu ausreichender und ausgewogener Nahrung sichern müsse: Weizen und Reis allein reichten nicht aus!

Die Tagung wurde beendet mit einer Vorstellung der Freiwilligen Leitlinien zu Landnutzungsrechten (Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests) durch Frau Caroline Kruckow von Brot für die Welt. Die Prinzipien der Richtlinie besagen u. a. , dass sowohl staatlich als auch nicht-staatliche Akteure inklusive von Wirtschaftsunternehmen Landrechte von Individuen und Gruppen sowie deren korruptionsfreien Gewährleistung respektieren sollen, auch wenn diese oft nicht schriftlich fixiert seien.

Nach einem Tag, der reich an Informationen war, verabredeten die Teilnehmende dieses für alle sich in Indien Engagierten offenen Forums, im kommenden Jahr die Gespräche bei der Deutschen Welthungerhilfe in Bonn fortzusetzen.

Alle Dokumente finden sich auf der Themenplattform der DIZ: www.themenplattform-ez.de

Jona Aravind Dohrmann

Trierer China-Gespräche 2013: Kampfkraft – Wie leistungsfähig sind die chinesischen Streitkräfte?

Berlin, 6. Juni 2013

Mit der Forderung nach der Kriegsbereitschaft der Volksbefreiungsarmee (VBA) durch die „Fünfte Führungsgeneration“ der Volksrepublik China (VRCh), militärischen Machtdemonstrationen im Süd- und Ostchinesischen Meer sowie umfassenden Rüstungsprogrammen erscheint China zunehmend offensiver in der Wahrnehmung seiner außenpolitischen Interessen. Dennoch: Seit dem „Straffeldzug“ gegen Vietnam 1979 war China in keinen größeren Krieg mehr verwickelt. Fraglich ist daher, wie leistungsfähig die chinesischen Streitkräfte gegenwärtig sind.

Hier setzten die dritten Trierer China-Gespräche an. Der Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), Oberst i.G. Rainer Meyer zum Felde, Dr. Beatrice Gorawant-schy, Teamleiterin Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, sowie Prof. Dr. Martin Wagener, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund, hier für den Alumni-Verein der Politikwissenschaft Trier), begrüßten am 6. Juni 2013 rund 80 Teilnehmer in den Räumlichkeiten der BAKS in Berlin.

Prof. Dr. Martin van Creveld eruierte im ersten Vortrag, ob ein Staat im 21. Jahrhundert noch über Kampfkraft (die individuellen und kollektiven geistigen, intellektuellen sowie psychologischen Voraussetzungen, um im Kampf Angst, Leid, Verwundung und letztlich den Tod zu